

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Sven Rissmann (CDU)**

vom 12. Juli 2010 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Juli 2010) und **Antwort**

Prostitution entlang der Kurfürstenstraße - wie schützt der Senat die Anwohner vor den negativen Begleiterscheinungen der Prostitution?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie hat sich der Kiez rund um den U-Bahnhof Kurfürstenstraße nach Einschätzung des Senats in den letzten Jahren entwickelt?

Zu 1.: Im Rahmen des Quartiersmanagements wurde in den letzten Jahren versucht, die Potsdamer Straße als Lebensader städtischer Dichte und lebendiger Vielfalt zu beleben. Instrumente hierzu waren eine Standortkonferenz, die Ansiedlung kleinerer Firmen, insbesondere aus der Medienbranche und die Aufwertung des Umfeldes, zum Beispiel durch Kunstaktionen und ein gemeinsames Gewerbekonzept. Darüber hinaus existiert eine spezielle Förderung kleinerer Gewerbebetriebe, beispielsweise Bäckereien, Obst- und Gemüsehändler/-innen, um die Vernetzung und Kooperation der Gewerbetreibenden im Kiez zu befördern.

2. Welchen Einfluss hat die so genannte Straßenprostitution auf die Entwicklung dieses Kiezes und auf das Leben der Anwohner?

Zu 2.: Die Straßenprostitution ist in Tiergarten-Süd/Schöneberg-Nord seit Jahrzehnten etabliert. Es kommt immer wieder zu Schwankungen in der Intensität, die verschiedene Ursachen hat. Neben den wetterbedingten saisonalen Schwankungen kam es in den letzten Jahren, insbesondere nach der Eröffnung des Erotikkaufhauses LSD (Love, Sex, Dreams) an der Potsdamer-/Kurfürstenstraße und dem Zuwachs von Prostituierten aus osteuropäischen Ländern nach der EU (Europäische Union)-Erweiterung 2007, vorübergehend zu einem erhöhten Beschwerdeaufkommen.

Die negativen Begleiterscheinungen des Straßentricks (aufdringliche Kundenwerbung, Prostitution von Minderjährigen, Störungen der öffentlichen Ordnung durch öffentlichen Sexualverkehr, Drogenproblematik,

tätliche Auseinandersetzungen zwischen Zuhältern und/oder Prostituierten, nächtliche Lärmbelästigungen durch z. B. verbale Auseinandersetzungen, Kontaktgespräche, an- und abfahrende Fahrzeuge sowie zu-schlagende Fahrzeugtüren) treten seit Jahren mit wechselnden Schwerpunkten periodisch auf. Daraus resultieren Störungen für Anwohner/-innen und Gewerbetreibende, die als Beeinträchtigung der Lebensqualität empfunden werden.

Weiterhin verweise ich auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucksache 16/12696.

3. Wie hat sich die Kriminalität in diesem Kiez in den letzten zehn Jahren entwickelt und welche Delikte sind im Schwerpunkt zu verzeichnen?

Zu 3.: Die Situation war in den letzten Jahren im Wesentlichen statisch. Ein dauerhafter Rückgang der Kriminalität ist nicht nachweisbar, ein andauernder signifikanter Anstieg der Begleitkriminalität jedoch auch nicht. Eine Auswertung der letzten 10 Jahre mit vergleichbaren Werten ist nicht zu realisieren, da eine entsprechende Datenerfassung erst mit der Einführung des Polizeilichen Informations- und Kommunikationssystems (POLIKS) seit März 2005 vorgenommen wird. Vergleichbar sind deshalb nur die komplett erfassten Jahre 2006 - 2009. Im Ergebnis der Auswertung lassen sich andauernde deliktische Schwerpunkte nicht erkennen.

4. Wie viele Ordnungswidrigkeiten, die in diesem Kiez mit der Straßenprostitution im weiteren Sinne in Zusammenhang gebracht werden müssen, sind in den Jahren 2007, 2008 und 2009 festgestellt worden?

Zu 4.: Die Erfassung der Ordnungswidrigkeiten in den Bezirken orientiert sich nicht an dem Begriff „im Zusammenhang mit der Prostitutionsausübung“. Daher liegen keine entsprechenden Statistiken vor. Auch bei der Polizei werden Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Prostitutionsausübung nicht gesondert erfasst.

5. Wie viele Strafanzeigen, die in diesem Kiez mit der Straßenprostitution im weiteren Sinne in Zusammenhang gebracht werden müssen, sind in den Jahren 2007, 2008 und 2009 gefertigt worden?

6. In welchem Umfang hat es - vor dem Hintergrund der Antworten zu den Fragen 4.) und 5.) - Verstöße gegen ausländerrechtliche Bestimmungen gegeben?

Zu 5. und 6.: Siehe Antwort zu Frage 4.

7. Sind dem Senat Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden über die Entwicklung, die dieser Kiez genommen hat, bekannt und wie bewertet der Senat diese Beschwerden?

Zu 7.: Dem Senat sind sowohl vereinzelte Beschwerden von Anwohnern/-innen als auch von Gewerbetreibenden bekannt.

Der Senat verkennt nicht, dass durch die Ausübung der Straßenprostitution resultierende Störungen dazu führen, dass die Menschen eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität empfinden.

Daher haben sowohl die Bezirke als auch die Polizei in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, um die negativen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Straßenprostitution zu minimieren. Dazu verweise ich auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucksache 16/12696.

Der Senat hat sich insbesondere beim Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die Prostituierten vor Ort engagiert. So wurden dem Frauentreff „Olga“ zusätzlich 1,5 Stellen für die ausstiegsorientierte Straßensozialarbeit und psychosoziale Beratung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus finanziert der Senat das Sprachmittlerinnenprojekt bei „Olga“ mit 36.000 €

Im Rahmen des polizeilichen Beschwerdemanagements wird regelmäßig eine persönliche Kontaktaufnahme mit den Beschwerdeführern/-innen angestrebt. In persönlichen Gesprächen mit unterschiedlicher Beteiligung wird das jeweils vorgetragene Anliegen umfassend erörtert, die polizeiliche Sichtweise dazu dargestellt und gegebenenfalls werden dem/der Beschwerdeführer/-in weitere Handlungs- und Einwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt.

8. Was plant der Senat, um die Situation vor Ort für die Anwohner zu verbessern beziehungsweise wird in diesem Zusammenhang der Erlass einer Rechtsverordnung erwogen und falls ja, warum und falls nein, warum nicht?

Zu 8.: Siehe Antwort zu Frage 7.

Berlin, den 24. August 2010

In Vertretung

Ulrich Freise

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. August 2010)